

Zur außenpolitischen Orientierung des neuen ukrainischen Präsidenten und der Partei der Regionen

Jilge, Wilfried

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Jilge, W. (2010). Zur außenpolitischen Orientierung des neuen ukrainischen Präsidenten und der Partei der Regionen. *Ukraine-Analysen*, 70, 2-8. <https://doi.org/10.31205/JA.070.01>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Analyse

Zur außenpolitischen Orientierung des neuen ukrainischen Präsidenten und der Partei der Regionen

Von Wilfried Jilge, Leipzig

Einleitung

Unmittelbar nach seiner Wahl zum Präsidenten reiste Viktor Janukowitsch zur EU-Kommission nach Brüssel, wo er seinen ersten Antrittsbesuch im Ausland absolvierte. Der früher häufig als prorussisch eingestufte Janukowitsch, für den 2004 die Präsidentenwahlen gefälscht wurden, gab sich in der Pressekonferenz mit José Manuel Barroso ausgesprochen proeuropäisch: Für die Ukraine werde, so Janukowitsch, die europäische Integration ebenso wie die Realisierung systematischer sozioökonomischer Reformen Priorität haben. Experten haben bereits im Wahlkampf darauf hingewiesen, dass der neue Präsident einen auf die Integration der Ukraine in die Strukturen der EU zielenden Kurs – wenn auch vorsichtiger als sein Vorgänger – fortsetzen könnte. Hatte die westliche Berichterstattung Janukowitsch früher meist als moskauhörigen Kandidaten eingestuft (was in dieser Eindeutigkeit schon 2004 nicht ganz richtig war), werden er und seine Rivalin Julia Timoschenko heute immer häufiger als gleichermaßen »prorussisch« wie »proeuropäisch« eingeschätzt. Dies ist keineswegs ausgeschlossen: Bei der Bewältigung der die Ukraine heftig treffenden Finanzkrise ist die Ukraine nicht nur auf Hilfe aus Moskau, sondern auch aus der EU dringend angewiesen. Darüber hinaus gilt der von Janukowitsch vorgeschlagene neue Außenminister Kostjantin Hrischtschenko als erfahrener und kompromissbereiter Diplomat, der bereits unter Präsident Juschtschenko ukrainischer Botschafter in Moskau war und nicht für eine einseitige Kehrtwende in der Außenpolitik zu stehen scheint. Mit Blick auf den vergangenen Wahlkampf, die ambivalenten Aussagen des Präsidenten zur Außenpolitik, die ersten politischen Schritte der neuen »blauen« Führung im Rahmen der Koalitionsbildung sowie der komplizierten Machtkonstellation innerhalb der vor allem im russophonen Süden und Osten basierten Partei der Regionen sind jedoch Zweifel am seit einiger Zeit nach außen gepflegten europäischen Image des neuen Präsidenten und seiner Partei der Regionen (PR) angebracht.

Ambivalenz als Hauptmerkmal: Wahlkampf und Koalitionsbildung der Partei der Regionen

Der Wahlkampf der PR und ihres Kandidaten wurde in unterschiedlichen Regionen mit teilweise sich gegenseitig ausschließenden Aussagen geführt. Erleichtert wurde dies durch die regionale Fragmentierung der ukrainischen Medienlandschaft und die Diskursführerschaft der PR, die auf ihrer bis heute weitgehend unangefochtenen Monopolstellung in Verwaltung, Politik, Wirtschaft und regionalen Medien beruht. In den zentralukrainischen Regionen präsentierte sich Janukowitsch als staatstragender Einiger von Ost und West in seiner »Heimat Ukraine« und Wahrer der Souveränität des Landes. Die sensiblen Themen einer künftigen außenpolitischen Orientierung der Ukraine wurden von sozialpopulistischen Losungen in den Hintergrund gedrängt. In zentralen Medien und im offiziellen Programm des Kandidaten präsentierte sich Janukowitsch als stabilisierende Brücke zwischen Russland und der EU, wobei den »freundschaftlichen Beziehungen« zu Russland Priorität

eingräumt wurde. Diese Priorität wurde nicht auf den Marktplätzen, sondern weniger öffentlichkeitswirksam in ausgewählten Printmedien in bedeutsamen Nebensätzen konkretisiert: In der politischen Wochenzeitung *Dzerkalo Tishnja* hat sich Janukowitsch gegen die von seiner Rivalin und Präsident Juschtschenko im März 2009 unterzeichnete »Brüsseler Deklaration« zwischen der Ukraine und der EU ausgesprochen, die die Modernisierung des ukrainischen Systems der Erdgastransitpipelines und die Ausweitung der Regeln des EU-Gasmarktes auf die Ukraine vorsieht. Solche bilateralen Schritte mit der EU müssten, so Janukowitsch, grundsätzlich vorher mit Moskau abgeklärt werden, das die »Deklaration« scharf kritisiert hatte.

Im Kontrast zum pragmatischen Wahlkampf in der Zentralukraine stand der Wahlkampf in den Hochburgen des ostukrainischen Donbass und auf der Krim. Mit einer bisweilen aggressiv-antiwestlich konnotierten und ukrainophob eingefärbten panslawischen Rhetorik wurden Teile der eher prorussisch gestimmten Stammwählerschaft der PR für den Wahlgang mobilisiert: In von prominenten Parteiführern geleiteten Netz-

werken und Wahlinitiativen, aber auch auf der Basis der ukrainisch-russischen »Donbasser Landsmannschaften« wurde beispielsweise die Rückführung der »wahren«, weil mit Russland unzertrennlich verbundenen »Großen Ukraine« (manchmal unter Ausschluss des vermeintlich nationalistischen Galiziens!) in den ostslawisch-orthodoxen Orbit der ukrainischen, belarussischen und russischen Brudervölker propagiert. Dies wurde mit außenpolitischen Forderungen verknüpft, die mit der vertieften wirtschaftlichen und politischen Integration in europäische Strukturen kaum vereinbar sind (z. B. Integration der Ukraine in den Einheitlichen Wirtschaftsraum [EWR] mit Russland, Belarus und Kasachstan).

Neu-alte autoritäre Tendenzen?

Voraussetzung für eine dauerhafte Grundlage des Zusammenhalts der zwar nicht – wie häufig behauptet – gespaltenen, aber makroregional fragmentierten Ukraine, ist die Demokratie und die ihr innewohnende Fähigkeit zum Kompromiss. Außerdem ist die Wahrung der demokratischen Errungenschaften von 2004 eine wichtige Grundlage der europäisch-ukrainischen Beziehungen und damit Voraussetzung für die Realisierung der angestrebten »europäischen Integration«. Um die von Janukowitsch im Wahlkampf und auf seinen ersten Auslandsbesuchen als Präsident eingeforderte (und gegen das »orange« Chaos der letzten Jahre bewusst abgehobene) politische Stabilität gewährleisten zu können, ist das Vertrauen weiter Teile der Gesellschaft in die neue politische Führung notwendig. Voraussetzung dafür sind die demokratische Legitimität der Regierung und die Einhaltung der grundlegenden, nach den Präsidentenwahlen 2004 vereinbarten Spielregeln. Sie schaffen nicht nur Vertrauen, sondern sichern halbwegs das Machtgleichgewicht und damit den Pluralismus im Land, solange die demokratischen Institutionen nur schlecht funktionieren. Dies gilt besonders nach dem knappen Wahlergebnis, das dem Wahlsieger Mehrheiten in nur 10 von 27 Regionen und Städten und insgesamt nicht einmal 50 % der Stimmen bescherte.

Zweifel am Bild des »gewandelten Janukowitsch« sind durchaus angebracht: Im Frühjahr 2007 versuchten er und seine Partei durch den »Kauf« von Abgeordneten eine Zweidrittelmehrheit im Parlament zu erlangen, um die Verfassung zu eigenen Gunsten zu verändern und Machtwechsel durch Wahlen erheblich zu erschweren. Die bis heute strikt von der Parteiführung aufrechterhaltene Weigerung, die Tatsache der von der OSZE

gut belegten Wahlfälschung von 2004 anzuerkennen und die beharrliche Deutung der »Orangen Revolution« als Revolutionsimport aus dem Westen tragen kaum zur Schaffung eines Mindestmaßes an Vertrauen bei, das über die eigenen Wählerhochburgen hinausreicht. Statt sich um diese pragmatischen Bevölkerungsteile und damit die Einigung der Nation zu bemühen, hat Janukowitsch bei seinem jüngsten Moskau-Besuch die Zusammenarbeit zwischen den Gewalten in Russland und damit die »Stabilität« in Putins gelenkter Demokratie ausdrücklich gelobt.

Im Widerspruch zur versprochenen »Stärkung der Demokratie« stehen die ersten wichtigen politischen Schritte des Wahlsiegers und seiner Partei im Rahmen der Koalitionsbildung. Am 11. März wählte das ukrainische Parlament den langjährigen Vertrauten Janukowitschs und Leiter seiner Wahlkampagne Mikola Asarow zum neuen Ministerpräsidenten der Ukraine und bestätigte die neuen Minister. Die Koalition wird von der Partei der Regionen, dem Block Litwin (BL) und der Kommunistischen Partei der Ukraine (KPU) sowie einzelnen Abgeordneten der Fraktionen des Blocks Julia Timoschenko (BJuT) und Unsere Ukraine-Nationale Selbstverteidigung (NUNS) gebildet. Nachdem die PR die ehemals zum »orange« Bündnis zählende Fraktion Unsere Ukraine – Nationale Selbstverteidigung nicht als Ganzes für eine Koalition gewinnen konnte oder nicht mehr gewinnen wollte, war die Bildung einer neuen Koalition und Regierung auf der Basis des 2007 gewählten Parlaments nur durch eine Änderung des Gesetzes zur Geschäftsordnung des Parlaments möglich geworden. Dieser Änderung stimmte die neue Mehrheit bereits am 9. März zu. Laut Gesetzesänderung kann die Koalition nun nicht mehr – wie bisher – ausschließlich *en bloc* von den Fraktionen, sondern auch mit Hilfe einzelner Abgeordneter gebildet werden. Während der Präsident das Gesetz bereits unterschrieben hat, ist die Mehrheit der ukrainischen Experten aus guten Gründen der Überzeugung, dass dieses Gesetz gegen die Verfassung von 2004 und gegen die Schlussfolgerungen des Verfassungsgerichts der Ukraine aus dem Jahre 2008 verstößt. Die Stellungnahme des Gerichts erfolgte 2008, um die Usurpation der Macht durch Korruption und Stimmenkauf einzelner, die Fraktionen wechselnder Abgeordneter auszuschließen. Fragwürdig ist auch die von der PR ins Parlament eingebrachte und von der neuen Mehrheit beschlossene Aufschiebung der ursprünglich für Mai angesetzten Kommunalwahlen, ohne einen zeitnahen Ersatztermin zu nennen. Nach ersten Umfragen zeichnet sich ab, dass eine solche Art der Regierungsbildung in weiten Teilen der Bevölke-

rung auf Ablehnung stößt. Statt Stabilität durch Vertrauen zu schaffen, wird der Opposition die Rechtfertigung für eine Fortsetzung der bisher von der PR im Parlament betriebenen Politik der Obstruktion geliefert.

Auch die Zusammensetzung der neugebildeten Regierung enthält kein politisches Angebot an die Bevölkerung der westlichen und zentralukrainischen, d. h. politisch überwiegend »oranzen« Regionen. Die Regierung ist eine Mischung der Repräsentanten des autoritären späten Kutschma-Regimes, PR-naher Oligarchen sowie den von der Kommunistischen Partei und dem Block Litwin unterstützten Kandidaten. Die Regionen sind einseitig vertreten: Allein 13 von 27 Regierungsmitgliedern kommen aus den Gebieten Donezk und Luhansk oder sind Russen, die in Donezk ihre politische Karriere gemacht haben. Ministerpräsident wurde der prorussische enge Vertraute Viktor Janukowitschs, Mikola Asarow, der in den Augen vieler Ukrainer wie kein anderer das autoritäre Kutschma-Regime verkörpert: Als Chef der Steuerverwaltung (1996–2002), später als Erster Stellvertretender Ministerpräsident und Finanzminister in den Regierungen Janukowitsch (2002–2005 und 2006–2007) stand er für den repressiven Einsatz der Steuer- und Finanzpolitik zur Ausschaltung unliebsamer politischer Konkurrenten und der steuerlichen Bedrückung kleiner und mittlerer Unternehmen. In den Bereichen Wirtschaft, Gesundheit, Bildung und Armee, deren grundlegende Reformen die PR im Wahlkampf versprochen hat, sind nun der Öffentlichkeit unbekannt Personen mit einer fragwürdigen Vergangenheit und offenkundig mangelnder Fachkompetenz zuständig: Wirtschaftsminister wurde der ehemalige Sozialist Wasil Zuschko, der in der Regierungskrise 2007 die Generalstaatsanwaltschaft stürmen ließ, sich dem folgenden (pünktlich zur Koalitionsbildung wieder eingestellten) Strafverfahren durch Untertauchen in Russland entzog und noch nie durch Kompetenz in wirtschaftspolitischen Fragen aufgefallen ist. Ob er die von der PR versprochenen und tatsächlich dringend benötigten Reformen zugunsten kleinerer und mittlerer Unternehmen durchführen kann, ist höchst fraglich. Als eine Provokation muss man die Berufung des ersten Leiters der Kutschma-Administration (1994–1996), Dmitro Tabatschnik, zum Bildungsminister werten: Tabatschnik ist einer der *spiritus rectores* der vor allem im Osten und Süden des Landes inszenierten, die sprachkulturelle Wirklichkeit des Landes grotesk verzerrenden »Rettung der Großen Ukraine« vor der vom »oranzen Totalitarismus« betriebenen Unterdrückung der russischen Kultur der Ukraine. Seine Einsetzung als Minister in dem für sprachkulturelle Fra-

gen sensiblen Bildungsbereich entwertet aus Sicht vieler Westukrainer das von Janukowitsch vor wenigen Tagen am Grab des Nationaldichters Taras Schewtschenko abgegebene Versprechen, das Ukrainische solle einzige Staatssprache bleiben.

Ambivalente Europapolitik: Zwischen Freihandelsabkommen mit der EU und »Einheitlichem Wirtschaftsraum«

Bei seinem Besuch in Brüssel verband Viktor Janukowitsch die Aufrechterhaltung des Zieles der europäischen Integration ausdrücklich mit dem Abschluss eines EU-Freihandelsabkommens sowie der Assoziierung der Ukraine an die EU. Beide Ziele sind vor dem Hintergrund der krisengeschüttelten ukrainischen Wirtschaft äußerst ehrgeizig. Sie tragen mittelfristig zur Modernisierung der ukrainischen Wirtschaft bei und stärken die Souveränität der Ukraine, sind aber kurzfristig auch mit Lasten verbunden. Darüber hinaus ist der Beitritt zur Freihandelszone (wie auch die Assoziierung) absolut unvereinbar mit der Mitgliedschaft in den von Russland dominierten Integrationsprojekten des Einheitlichen Wirtschaftsraumes und der seit Januar dieses Jahres wirksamen Zollunion zwischen Russland, Belarus und Kasachstan. Die Umsetzung dieser Vorhaben erfordert daher einen klaren politischen Willen. Ob es diesen gibt, ist zweifelhaft: Im Wahlkampf hat die PR in ihren demographisch starken Hochburgen im Osten, von deren Unterstützung ihre knappe Mehrheitsfähigkeit abhängt, häufig das genaue Gegenteil verkündet. Zugleich unternimmt sie bisher keine politischen und personellen Anstrengungen, um einen Verlust an Stammwählern künftig in anderen Regionen des Zentrums nachhaltig zu kompensieren. Im Gegenteil: Ministerpräsident Asarow, der als unangefochtener Regierungschef gilt, ist ein überzeugter Verfechter des Beitritts der Ukraine zum EWR.

Ambivalent ist in dieser Frage die Haltung des Präsidenten: Er hat sich während des Wahlkampfes zum EWR kaum geäußert. Im Rahmen des in den östlichen Hochburgen panostslawisch eingefärbten Wahlkampfes wurde die Wiederbelebung des EWR von regionalen Parteiführern jedoch lautstark eingefordert. Noch Ende 2008 hatte Janukowitsch auf dem Parteikongress der Kremlpartei Einiges Russland, zu der die PR vertragliche Beziehungen unterhält, erklärt, dass man zu der alternativlosen Idee der Schaffung eines Einheitlichen Wirtschaftsraums zurückkehren müsse. In diesem Sinne tritt das Programm der PR zur »Strategie der ökonomischen Entwicklung der Ukraine« für eine »Fort-

führung [...] der Bildung und Stärkung des Einheitlichen Wirtschaftsraumes (EWR) als kardinaler wichtiger Richtung der [...] Gewährung der nationalen Sicherheit der Ukraine ein.« Das Papier ist Ausdruck der mehrdeutigen und widersprüchlichen Wahlkampfführung im Bereich der Außenpolitik: Es gilt zwar als »Projekt« aus dem Jahr 2005, wurde aber während des ganzen Wahlkampfes und wird auch nach der Wahl Janukowitschs zum Präsidenten gut sichtbar auf der Homepage der PR platziert und so implizit als offizielles Wirtschaftsprogramm präsentiert. Die Widersprüche bleiben auch nach der Wahl Janukowitschs zum Präsidenten bestehen: Während Janukowitsch in Brüssel für die Assoziation der Ukraine und ihre Integration in die Freihandelszone mit der EU eintrat, betonte er in Moskau das Interesse der Ukraine an der Zollunion und die unveränderte Aktualität des EWR für die Ukraine. Voraussetzung für den Beitritt sei allerdings, dass die Partner Russland, Belarus und Kasachstan der WTO beitreten, der die Ukraine bereits angehört. Die bisherigen proeuropäischen Äußerungen des Präsidenten sollten daher nicht überschätzt werden. Sie sind auch Teil des Versuchs, divergierende Interessen innerhalb der Partei der Regionen zu moderieren. Zugleich dient die ambivalente außenpolitische Rhetorik als Kompensation für widersprüchliche Erwartungen, die die PR und ihr Kandidat in unterschiedlichen Regionen geweckt haben.

Kein einheitlicher Vektor: Die PR-nahen Oligarchen und die neue präsidentiale Führung

Der Eindruck der Widersprüchlichkeit in der Außen- und Europapolitik wird durch die Tatsache verstärkt, dass die PR kein monolithischer und zentralisierter politischer Block mehr ist, wie dies vielleicht noch zu Beginn ihrer Existenz der Fall war. Die 2001 gegründete Partei, die ihre Wählerbasis in den industriellen Regionen des Ostens (Donbass) und im Süden des Landes hat, etablierte sich zügig als »regionale Partei der Macht« und entwickelte sich laut Kerstin Zimmer zu einer Art »Zwangsverband« für regionale Akteure (Wirtschaftsakteure, Bürokraten, Beamte der regionalen Staatsverwaltung, Belegschaften regionaler Betriebe). Bis heute wird die Partei von Wirtschaftsakteuren aus dem stark industrialisierten Osten dominiert. Ein erheblicher Teil der Abgeordneten der Parlamentsfraktion der PR stammt aus der Donezker Wirtschaftselite. Von besonderer Bedeutung sind mindestens drei Konglomerate von Oligarchen und ihren Anhängern, die die Partei und ihre Wahlkämpfe nicht nur finanzieren, sondern auch erheblichen Einfluss auf die Innen- und Außenpolitik ausüben. In der

PR-Fraktion sind sie zusammen mit anderen Gruppierungen (z. B. die Asarow-Leute) als informelle Gruppen organisiert, deren Führer alle wichtigen Entscheidungen der Partei untereinander abstimmen.

Als wichtigste Gruppe gilt bisher die Achmetow-Gruppe. Der reichste Mann der Ukraine, Rinat Achmetow, ist Hauptsponsor der PR. Eine wichtige Grundlage seines vielfältigen Geschäftsimperiums ist die metallurgische Industrie. Mit Ausnahme einiger, eher konservativ gestimmter »Roter Direktoren« wird die Mehrheit dieser Gruppe von »Globalisten« geführt, die starke Interessen am Exportgeschäft haben. Die »neuen Ukrainer« um Rinat Achmetow haben ihr Kapital in den stürmischen 1990er Jahren unter bisweilen dubiosen Umständen angehäuft und wollen nun nach internationalen Regeln spielen, um ihr Kapital zu investieren und »dunkle Flecken« der Vergangenheit vergessen zu machen. Engster Vertrauter von Rinat Achmetow ist der mehrfach wiedergewählte Vorsitzende der Donezker Parteiorganisation der PR, Boris Kolesnikow. Beide gehörten bisher (zusammen mit der mittlerweile ins Lager des Präsidenten Juschtschenko gewechselten Raisa Bohatirjowa) zum pragmatischen Flügel der PR, der für Kompromisse mit Präsident Juschtschenko eintrat und zeitweise eine »Große Koalition« mit dem Block Timoschenko befürwortete. Von den wichtigen Oligarchen- und Machtgruppen in und um die PR wahrt die Achmetow-Gruppe bisher am meisten Distanz zu Moskau.

Im Kontrast dazu repräsentiert die Firtasch-Gruppe um den u. a. im Energie- und Mediensektor einflussreichen Oligarchen Dmitro Firtasch die ukrainische Gaslobby und ist eher an Moskau orientiert, was zwischenzeitliche Konflikte mit dem russischen Gasprom-Konzern keineswegs ausschließt. Ihre Repräsentanten tragen häufig schwere Konflikte mit den Vertretern der Achmetow-Gruppe aus. Enger Partner von Dmitro Firtasch ist Jurij Bojko. In der Regierung Asarow bekleidet er das Amt des Energieministers, das er bereits in der zweiten Regierung Janukowitsch 2006–2007 innehatte. Schon zwischen 2002 und 2005 war Bojko Vorsitzender der Konzernleitung des ukrainischen staatlichen Gaskonzerns Naftohas und zugleich Erster Stellvertreter Energieminister in der ersten Regierung Janukowitsch. Er galt in den ukrainischen Medien als wichtigster Lobbyist des russischen Staatskonzerns Gasprom in der Ukraine und trat als Vermittler der Anteilseigner des intransparenten und korruptionsanfälligen Gaszwischenhändlers RosUkrEnergo (RUE) auf. RUE kontrollierte zwischen 2006 und 2008 den gesamten Gasimport in die Ukraine, bis die Struktur ab 2008 von Ministerpräsidentin Timoschenko (mit Unterstützung

Putins) allmählich aus dem Gashandel verdrängt wurde. An RUE waren Dmytro Firtasch mit 45 %, sein Partner Ivan Fursin mit 5 % und der russische Staatskonzern Gazprom mit 50 % beteiligt.

Die dritte einflussreiche Oligarchengruppe sind die Energiebarone um die Gebrüder Andrij und Serhij Kljuschew. Sie sind durch den Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten für Energie, Andrij Kljuschew, in der Regierung Asarow vertreten. Ihr Haupttätigkeitsfeld ist der ukrainische Strommarkt. Sie unterhalten freundschaftliche Kontakte zu Julia Timoschenko und sollen auch dem Achmetow-Flügel nahestehen. Gleichzeitig stehen sie in einem Dauerkonflikt mit ihrem Hauptkonkurrenten, der Firtasch-Gruppe. Die gleichzeitige Präsenz dieser Oligarchen-Gruppen birgt erhebliches Konfliktpotenzial für die Regierung Asarow, auch wenn die Kompetenzbereiche ihrer Repräsentanten in der Regierung aufgeteilt wurden: Kljuschew ist demnach für die Atomenergie, Bojko für den Gassektor zuständig.

Schließlich muss noch die Gruppe um die einflussreichen Altdonezker Parteibürokraten um Mikola Asarow erwähnt werden. Zu dieser Gruppe gehört auch eine Reihe, teils mit der Rüstungslobby verbundener »Roter Direktoren«, die an einer durchgreifenden, in Kooperation mit der EU betriebenen Modernisierung der ukrainischen Wirtschaft eher geringes Interesse haben. Leute wie Asarow verfolgen keine weitreichenden persönlichen geschäftlichen Ambitionen und orientieren sich ausschließlich an Viktor Janukowitsch. Zwischen diesen älteren postsowjetischen Apparatschiks und einstigen Mitbegründern der PR einerseits und den jüngeren »Globalisten« um Rinat Achmetow andererseits bestehen erhebliche weltanschauliche Differenzen.

Der Einfluss der Oligarchen-Gruppen auf die Europa- und Außenpolitik

Diejenigen Kommentatoren, die zwischen der Außenpolitik der Präsidentschaftskandidaten Janukowitsch und Timoschenko nur geringe Unterschiede ausmachen, führen als Beleg häufig die Oligarchen an: Diese setzten aus wirtschaftlichen Gründen eher auf den Westen als auf Russland und stünden mittlerweile fest auf der Grundlage der ukrainischen Unabhängigkeit, da sie nicht mehr von Moskau gegängelt werden wollten. Und tatsächlich haben bedeutende exportorientierte Oligarchen wie Achmetow ein starkes Interesse an einer Freihandelszone mit der EU, über die derzeit verhandelt wird. Es wird jedoch oft übersehen, dass der dominierende Einfluss der Achmetow-Gruppe keineswegs selbstverständlich ist und mit den anderen Machtgruppen heftig konkurriert.

Die Besetzung der Schlüsselposten der Präsidentialadministration und die Zusammensetzung der Regierung Asarow zeigen, dass der neue Präsident den Einfluss Achmetows eher zurückdrängen und sich möglicherweise der Abhängigkeit von ihm entziehen will. Einziger dezidiert Vertreter Achmetows in der Regierung ist der Stellvertretende Ministerpräsident Boris Kolesnikow. Sein Aufgabenbereich umfasst vor allem die Organisation der Fußball-EM 2012. Auf diesem Feld kann er sich zweifelsohne als populärer wie effektiver Manager ins Spiel bringen und sich so politisch profilieren; mit Kompetenzen auf den Feldern der wichtigsten industriellen Interessen Achmetows ist die Funktion jedoch nicht verbunden. In den bedeutenden Positionen der Präsidentialadministration zählt nur die Erste Stellvertretende Leiterin, Irina Akimowa, zur Achmetow-Gruppe. Die wichtigste ökonomische Beraterin Achmetows wird für wirtschaftliche Reformen verantwortlich sein. Sie muss daher möglicherweise auch notwendige, aber höchst unpopuläre soziale Einschnitte öffentlich vertreten, was seiner Position innerhalb der PR schaden könnte.

Von den drei wichtigsten Oligarchen-Gruppen ist die Firtasch-Gruppe in der Regierung und der Präsidentialadministration am stärksten repräsentiert. Neben der Ernennung Jurij Bojkos zum Energieminister sind die Ernennung des engen Gefährten Jurij Bojkos, Serhij Ljowotschkin, zum Leiter der Präsidentialadministration sowie weitere Ernennungen aus den Reihen der Firtasch-Gruppe von Bedeutung. Mit der Ernennung des Firtasch-Mannes Walerij Choroschkowskij zum Chef des Sicherheitsdienstes der Ukraine (SBU) hat diese Gruppe auch ein bedeutendes Machtinstrument in der Innenpolitik.

Ukrainische Experten gehen davon aus, dass Dmytro Firtasch und seine Partner im System von RUE wieder führende Positionen im ukrainischen Gasliefergeschäft einnehmen werden und die Restituierung intransparenter Zwischenhändlerstrukturen nicht ausgeschlossen ist. Die Revision der Gerichtsurteile, die die Lieferstrukturen um RUE betrafen, hat bereits begonnen. Wenn die neue Regierung eine nachhaltige Integration des ukrainischen in den europäischen Energiemarkt und damit ein Schlüsselfeld der »europäischen Integration« weiterverfolgen will, muss sie eine Restituierung intransparenter Zwischenhändler verhindern. Ihre Beseitigung gilt als Voraussetzung für eine Vertiefung des ukrainisch-europäischen Energiedialogs. Bezüglich der Fortsetzung einer europäischen Modernisierung des ukrainischen Energiemarktes sind die Signale von PR und Präsident Janukowitsch bisher widersprüchlich:

Auf Anweisung von Präsident Janukowitsch soll Jurij Bojko die Verhandlungen der Ukraine mit Russland im Gassektor vorbereiten, um möglichst schnell billigere Gaspreise für die Ukraine auszuhandeln. Dies ist zwar im kurzfristigen Interesse der ostukrainischen Industrien, dient aber erfahrungsgemäß weder der Effizienzsteigerung noch der Eindämmung der Korruption im ukrainischen Energiesektor. Zudem gehen ukrainische Experten davon aus, dass Russland auch einer »blauen Regierung« Zugeständnisse im Sinne eines (vorübergehend) niedrigeren Gaspreises nur noch gegen außerordentliche energiepolitische oder sicherheitspolitische Gegenleistungen (z. B. niedrige Gaspreise gegen großzügige Verlängerung der Präsenz der Schwarzmeerflotte) machen wird.

Die in der PR einflussreichen Altdonezker Apparatschiks um Mikola Asarow können nicht als Oligarchen bezeichnet werden, stehen aber ebenfalls im Zusammenhang mit strategisch wichtigen außenwirtschaftlichen Interessen. Der prorussische Ministerpräsident Asarow, der für seine schwierigen Beziehungen zu Rinat Achmetow bekannt ist, unterhält enge Beziehungen zum militärisch-industriellen Komplex und sucht hier die Zusammenarbeit mit Russland. Die enge Zusammenarbeit der ukrainischen und russischen Rüstungsindustrie war neben der Ablehnung der NATO eine der zentralen außenpolitischen Wahlkampforderungen einflussreicher prorussischer Führungskreise der PR in Donezk und Luhansk.

Insgesamt sind die außenpolitischen Vektoren der PR-nahen Oligarchen und Machtgruppen also uneinheitlich. Durch ihre gleichzeitige Präsenz in Regierung und Präsidialadministration sind heftige innere Konflikte vorprogrammiert, die den außenpolitischen Spielraum des neuen Präsidenten erheblich einschränken können. Doch selbst wenn die am meisten »europäisch« gestimmte Gruppe um Achmetow eindeutig dominieren würde, wäre dies noch nicht zwangsläufig ein Indiz für eine auf wirtschaftliche Modernisierung und breite Teilhabe gerichtete »proeuropäische« Politik: Wie alle Oligarchen betrachtet Achmetow Politik als »Business« und ordnet die Interessen von Staat und Gesellschaft den eigenen Wirtschaftsinteressen unter.

Konstruktive Neutralität oder Anti-NATO-Kampf? Die Partei der Regionen und die NATO

Deutliche Unterschiede zwischen Präsident Janukowitsch und der Partei der Regionen einerseits und der Vorgängerregierung unter Timoschenko anderer-

seits existieren in der Sicherheitspolitik. Zwar hat Julia Timoschenko das Ziel eines Beitritts zur NATO, der sogar in ihrer zentralukrainischen Stammwählerschaft kaum mehrheitsfähig ist, im Unterschied zu dem mit ihr mittlerweile verfeindeten bisherigen Präsidenten Juschtschenko zurückgestellt und verkündet, dass die Bevölkerung selbst über diese Frage in einem Referendum entscheiden soll; den »europäisch-westlichen Vektor« ihrer Außenpolitik hat sie jedoch nur modifiziert: Die Ukraine soll demnach ihre Sicherheitspolitik auf der Basis der Teilnahme der Ukraine an den Strukturen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) entwickeln. Zudem hat sie sich jeglicher Anti-NATO-Propaganda enthalten. Sicher hat sie sich während der Georgien-Krise mit Kommentaren zurückgehalten und in anderen politischen Fragen sogar die Annäherung an Russland gesucht; sie hat jedoch im Kontrast zu Janukowitsch Abchasien und Südossetien nicht anerkannt und folgt hier de facto eher der EU-Linie, während Janukowitsch seine damaligen Aussagen zu Abchasien und Südossetien auch bei seinem Besuch in Brüssel nicht explizit korrigiert hat. Janukowitsch und seine Partei sind scharfe Gegner eines NATO-Beitritts und verweisen wie ihre Rivalin auf ein Referendum. Im Unterschied zu Timoschenko betreibt die PR jedoch in den östlichen und südlichen Landesteilen sowie auf der Krim einen bisweilen aggressiven Anti-NATO-Kampf. Gemeinsam mit radikalen prorussischen und separatistisch orientierten Gruppen blockierte die PR auf der Krim das Manöver Sea Breeze, das seit 1997 ununterbrochen mit der Ukraine durchgeführt wurde und auch in den weiteren Rahmen des NATO-Programms »Partnerschaft für den Frieden« gehört. Damit hat die PR mutwillig die allgemeine und sogar unter Präsident Kutschma nie unterbrochene Kooperation mit der NATO aufs Spiel gesetzt, indem sie die Fragen des Beitritts mit den regulären Beziehungen vermischt und eine Dämonisierung der wichtigsten sicherheitspolitischen Organisation in Europa betrieben hat. Auch nach der Präsidentenwahl wurde diese wenig seriöse, multivektorale Sicherheitspolitik stellenweise fortgesetzt: So hat es Janukowitsch abgelehnt, bei seinem Besuch in Brüssel NATO-Generalsekretär Rasmussen zu treffen, um Moskau ein positives Zeichen zu senden.

In der Frage der Verlängerung der Stationierung der russischen Schwarzmeerflotte über das vertraglich vereinbarte Jahr 2017 hinaus bestehen ebenfalls deutliche Unterschiede zur Politik der ehemaligen orangefarbenen Führung: Janukowitsch und führende Vertreter der PR der Russischen Föderation haben unmittelbar nach der

Wahl in Aussicht gestellt, den Hafen Sewastopol auf der Krim über das Jahr 2017 hinaus als Basis der russischen Schwarzmeerflotte zu nutzen. Damit werden der außenpolitische Spielraum voreilig eingeschränkt und sicherheitspolitische Interessen der Ukraine in Frage gestellt: Die von der Russischen Föderation kontrollierten Strukturen der Schwarzmeerflotte dienen Russland häufig als Instrument, die sensible Situation auf der Krim mit ihrer in weiten Teilen sowjetrussisch geprägten Mehrheitsbevölkerung zu beeinflussen oder im Verbund mit den von Moskau protegierten radikalen chauvinistisch-prorussischen Gruppen zu verschärfen und so in außenpolitischen Fragen Druck auf die Ukraine auszuüben.

Jetzt erst recht: Die Europäische Union muss den neuen Präsidenten beim Wort nehmen und die proeuropäischen Kräfte stärken

Unabhängig von dem Ausgang der fair verlaufenen Wahlen steht außer Frage, dass die politischen Eliten und die Bevölkerung (vor allem die junge Generation, Studenten und die allmählich heranwachsende Mittelschicht) mehrheitlich eine positive Haltung zur EU einnehmen, die für Demokratie und Wohlstand steht und daher positiv besetzt ist. In Schlüsselbereichen (Energiepolitik, Freihandelszone, Visafreiheit für die Ukrainer) sollte die Integration der Ukraine so weit wie möglich vorangetrieben werden. Rhetorisch und praktisch sollte alles vermieden werden, was die proeuropäischen Kräfte schwächen könnte. »Östliche Partnerschaft« oder die angestrebte Assoziierung dürfen daher nicht als Alter-

native zu einem Beitritt angeboten werden, da dies den Reformwillen in der Ukraine schwächen könnte. In Bezug auf den neuen Präsidenten sollte die EU die Ernsthaftigkeit der in Brüssel verkündeten proeuropäischen Prioritäten anhand der Umsetzung konkreter Schlüsselprojekte prüfen. Ein Ansatzpunkt könnte der jüngste Vorschlag Janukowitschs sein, das Betreiben der transukrainischen Gaspipelines einem dreiseitigen ukrainisch-europäisch-russischen Konsortium zu gleichen Anteilen zu überantworten. Dann könnte Janukowitsch zeigen, ob er nur an billigen Gaspreisen für die ostukrainische Industrie interessiert ist, die er Russland gegen einen möglicherweise hohen außen- oder sicherheitspolitischen Preis abhandelt; oder ob die Führung des wichtigen Transitlandes Ukraine tatsächlich ein effizientes und transparentes Energiesystem anstrebt, was im Interesse sowohl der europäischen, ukrainischen wie auch russischen Partner wäre.

Im schlechtesten Fall könnte der Wahlsieger aber auch zum Gefangenen seiner ambivalenten Wahlkampf-taktik und bisher betriebenen Politik werden. Schon heute wird er von Vertretern prorussischer Gruppen daran erinnert, dass er die hohen Wahlerfolge im Osten und auf der Krim vor allem dank seiner prorussischen Versprechen in der Kulturpolitik (Russisch als zweite Staatssprache) und Außenpolitik errungen habe. Müsste Janukowitsch auf deren Werben eingehen, wäre eine Rückkehr zu einer verschwommenen multivektoralen Außenpolitik der späten Kutschma-Ära denkbar, die zwar für eine gewisse Zeit die Macht sichern würde, inhaltlich aber Stagnation bedeuten würde.

Über den Autor:

Wilfried Jilge ist Osteuropahistoriker und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Geisteswissenschaftlichen Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas (GWZO) an der Universität Leipzig.

Lesetipp

Wilfried Jilge: Fragmente der Einheit. Ostslawisches Gemeinschaftsdenken in der Ukraine, in: Osteuropa, Jg. 59, Heft 12, 2009, Themenheft: Gemeinsam Einsam – Die Slawische Idee nach dem Panlawismus, S. 281–292.